

Antrag: Solidarität mit der streikenden Zivilbeschäftigten

LAG Betrieb & Gewerkschaft

Der Landesausschuss spricht sich solidarisch mit den Streikenden in der Tarifauseinandersetzung der zivilen Arbeitnehmer: innen bei den amerikanischen Stationierungskräften aus.

Für die Zivilbeschäftigten bei den Stationierungsstreitkräften gelten unter anderem der Tarifvertrag für die Arbeitnehmer bei den Stationierungsstreitkräften im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland (TV AL II), der Tarifvertrag zur Sozialen Sicherung (TV SozSich / TaSS) sowie der Tarifvertrag über Rationalisierungs-, Kündigungs- und Einkommenschutz (Schutz.TV).

In der aktuellen Tarifauseinandersetzung fordert die Gewerkschaft ver.di eine Lohnerhöhung von 9,5 % und 150€ mehr Gehalt für Azubis. Diese Forderung halten wir angesichts der derzeitigen Inflation für absolut gerechtfertigt, zumal viele Zivilbeschäftigte im Mindestlohnbereich arbeiten. Die Arbeitgeberseite bietet zwei Leermonate mit 1.500€ Inflationsprämie und danach 4,1% (auch für Azubis) bei einer Laufzeit von 14 Monaten. Dies ist zu wenig und Inflationsausgleichsprämien verpuffen durch die gestiegene Energie – und Lebensmittelkosten schnell.

Wir wünschen den Kolleg:innen in der Tarifauseinandersetzung Durchhaltevermögen und ein gutes Gelingen!

Begründung:

Viele der knapp 15.000 Zivilbeschäftigten in Deutschland sind in Rheinland-Pfalz oder Baden-Württemberg tätig. Die Tarifauseinandersetzung der Zivilbeschäftigten verdient Aufmerksamkeit. Hohe Einmalzahlungen sind gut, um eine zeitnahe und vor allem kurzfristige Entlastung zu erreichen. Dauerhaft hohen Preisen kann man aber nur mit einer dauerhaften Steigerung der Tabellenentgelte begegnen. Daher ist die Forderung von ver.di ausdrücklich zu unterstützen, da sonst der Reallohnverlust festgeschrieben wird.